

# Energieautonomie sorgt für Streit

USA Barack Obama plädiert im Präsidentschaftswahlkampf für Staatseingriffe – Mitt Romney gibt sich streng marktwirtschaftlich

MARTIN GOLLMER

Die Vereinigten Staaten sind in Sachen Energie in einer beneidenswerten Lage. Sie sitzen auf den weltweit grössten förderbaren Reserven von Kohle – bei heutigem Verbrauch reichen die Vorräte für mehr als zweihundert Jahre. Die USA verfügen dank neuer Technologie über eine so grosse Gasproduktion, dass im vergangenen Jahr 94% des im Land konsumierten Gases aus einheimischen Quellen stammten. Im Jahr 2035 werden die Vereinigten Staaten ein Nettoexporteur von Gas sein (vgl. Grafik). Sie sind zudem der drittgrösste Ölförderer der Welt. Sie verbrauchen aber so viel des schwarzen Goldes, dass sie zusätzlichen Brenn- und Treibstoff einführen müssen. Im Jahr 2010 betrug die Nettoimporte 49% des Gesamtkonsums (vgl. Grafik).

Das ist den auf Eigenständigkeit und Versorgungssicherheit bedachten amerikanischen Politikern ein Dorn im Auge. Eine der zentralen Fragen der US-Energiepolitik ist deshalb: Wie kann die Abhängigkeit von ausländischem Öl reduziert werden? Denn ein beträchtlicher Teil der Importe kommt aus Staaten mit politischen Problemen: Saudi-Arabien (14%), Venezuela (11%), Nigeria (10%). Im Jahr 2005 erreichte die Auslandabhängigkeit mit 60% einen Höchststand. Seither steigt der Eigenversorgungsgrad wieder – zuletzt beschleunigt: Der Ölverbrauch sinkt deutlich, während die einheimische Produktion gleichzeitig kräftig zunimmt.

## Ölförderung steigern

US-Präsident Barack Obama schreibt diese positive Entwicklung im aktuellen Wahlkampf seiner Energiepolitik zu. Neutrale Experten sagen dagegen, der zunehmende Eigenversorgungsgrad sei der Effekt steigender Ölpreise (die den Konsum bremsen) und neuer, von der Industrie entwickelter Bohr- und Förderverfahren (die die Produktion wachsen lassen).

1952 produzierten die USA letztmals mehr Öl, als sie verbrauchten. Seither versuchte jeder Präsident, die Auslandabhängigkeit des Landes zu reduzieren. Die wenigsten hatten Erfolg. Auch Obama und sein republikanischer Herausforderer Mitt Romney verfolgen gemäss ihren Wahlprogrammen dieses Ziel. Beide wollen dazu die einheimische Produktion weiter steigern. Aber die Wege zu diesem Ziel sind unterschiedlich.

Romney will gemäss seinem energiepolitischen Plan sämtliche Küstengewässer der USA, in denen noch nicht gebohrt werden darf, für die Ölexploration und -produktion freigeben. Also auch die Pazifikküste im Westen, die Atlantikküste im Osten und den Wildschutzpark Arctic National Wildlife Refuge in Alaska. Obama will die Pazifikküste dagegen für Bohrungen gesperrt lassen, ebenso Teile der Atlantikküste. Bohrungen wären dagegen im Beaufortmeer und im Tschuktschenmeer im Norden Alaskas möglich, die nach dem Ölunfall im Golf von Mexiko einem Bohrmoratorium unterlagen.

## Wer soll entscheiden?

Romney will weiter die Zuständigkeit für das Verpachten von Land, das dem Bund gehört und für das Bohrgesuche von Öl- und Gasunternehmen vorliegen, vom Innenministerium an die Regierungen der US-Bundesstaaten verlagern. Sie wüssten besser als die Zentrale in Washington, wie solches Land zu verwenden sei. Unter Obama seien die Lizenzvergaben zurückgegangen. Zudem würde mit einer solchen Verlagerung der Bewilligungsprozess beschleunigt. Bei der Bundesregierung dauere das Verfahren dreihundert Tage, in North Dakota beispielsweise nur zehn. Obama betrachtet öffentliches Land dagegen als «die Kronjuwelen der Vereinigten Staaten». «Wir glauben nicht, dass man überall, jederzeit bohren sollte, rücksichtslos wie in der Vergangenheit», liess der Präsident seinen Innenminister Ken Salazar im Wahlkampf sagen.

Hier zeigt sich, dass Obama in der Energiepolitik grösseres Gewicht auf Umweltschutz legt als sein Herausforderer. Der Präsident will denn auch beispielsweise das Aufbrechen von Schiefergestein



Solaranlage in Kalifornien: Barack Obama und Mitt Romney sind sich nicht einig, ob erneuerbare und saubere Energie zu fördern ist.

mit einem unter hohem Druck in das Bohrloch eingepressten Gemisch aus Wasser, Chemikalien und Sand – die neue Technik, die am Ursprung der rasch steigenden einheimischen Öl- und Gasproduktion steht – mit von Washington erlassenen Sicherheitsstandards regeln. Romney will die Regelung des sogenannten Hydraulic Fracturing dagegen den einzelnen Bundesstaaten überlassen.

Aus Umweltschutzgründen hat Obama auch den Bau der Pipeline Keystone XL verboten, die Öl aus der kanadischen Provinz Alberta quer durch die USA in die Raffinerien an der texanischen Golfküste hätte transportieren sollen. Ein Leck hätte die grossen Grundwassergebiete im US-Bundesstaat Nebraska verschmutzen können. Obama will die Leitung erst bewilligen, wenn eine neue, ökologisch weniger heikle Linienführung vorliegt. Romney sagt, die Pipeline schaffe Arbeitsplätze und erhöhe die Versorgungssicherheit der USA. Er würde sie sofort bauen lassen.

Obama will also die Ölproduktion fördern, wenn auch im Einklang mit dem Umweltschutz. Er versucht aber auch den Ölkonsum zu bremsen. Dazu hat er harte Treibstoffverbrauchsstandards für Personen- und Lastwagen erlassen und will sie noch weiter verschärfen. Zudem ver-

spricht Obama, mit Steuervergünstigungen den Einsatz (halb-)elektrischer Autos zu fördern. Bereits im Jahr 2015 soll rund 1 Mio. Autos mit Hybridmotor auf Amerikas Strassen verkehren. Damit will das Land in zehn Jahren so viel Öl einsparen, wie gegenwärtig aus dem Nahen Osten und Venezuela zusammen importiert wird. Romney widersetzt sich staatlichen Treibstoffverbrauchsstandards.

## Konfliktpunkt CO<sub>2</sub>

Nicht nur den Ölverbrauch gedenkt Obama zu senken, sondern den Energiekonsum insgesamt. Er soll sich bis zum Jahr 2020 um 15% verringern. Die Stromproduzenten werden deshalb ermuntert, Massnahmen zur Nachfragesenkung zu ergreifen. Und für Gebäude und elektrische Geräte werden Energieeffizienzstandards erlassen. Neue Häuser etwa sollen in einem Jahrzehnt 50%, existierende Gebäude 25% weniger Energie verbrauchen. In Romneys energiepolitischem Plan fehlen solche Vorgaben.

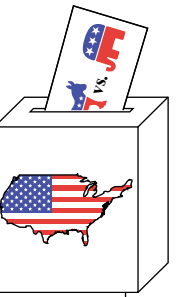
Obama will die Energieproduktion der USA zudem CO<sub>2</sub>-ärmer machen. Sie sind nämlich hinter China der global zweitgrösste Emittent von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Der Präsident setzt sich das Ziel, dass im

Jahr 2025 25% des Stroms aus sauberen (und erneuerbaren) Quellen wie Geothermie, Sonne und Wind stammen. Erreichen will er das durch die Einführung eines landesweiten Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten (Cap and Trade System). Die Treibhausgasemissionen sollen so bis 2050 um 80% reduziert werden.

Zusätzlich will er die Steuervergünstigungen für Projekte im Bereich sauberer und erneuerbarer Energien weiterführen. Romney will dagegen die Rabatte Ende 2012 auslaufen lassen. Er argumentiert, auch neue Energien müssten sich im Markt bewähren. Ein Emissionshandelssystem lehnt Romney ab.

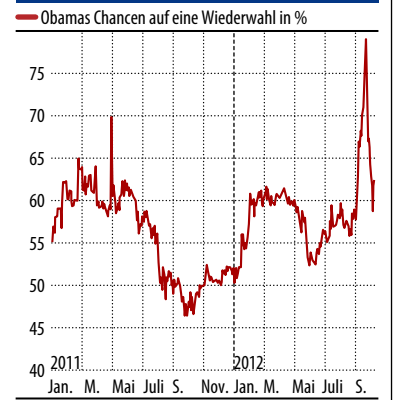
Auch in der Energiepolitik geht es um Arbeitsplätze. Bei einer Arbeitslosenrate von derzeit knapp 8% versuchen sich die Präsidentschaftskandidaten mit Zahlen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überbieten. Obama verspricht, über die nächsten zehn Jahre 150 Mrd. \$ in die sichere und saubere Energieversorgung der USA zu investieren und damit 5 Mio. Stellen zu schaffen. Romney behauptet dagegen, seine vor allem die Produktion fossiler Energie fördernden Massnahmen würden 3 Mio. Arbeitsplätze hervorbringen und 1000 Mrd. \$ in die Kassen der Gemeinden, Bundesstaaten und des Landes

## US-Serie Teil 6



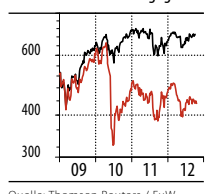
Dienstagtrafen die Präsidentschaftskandidaten im zweiten Fernsehduell aufeinander. Der Wahl-Countdown läuft. Unternehmen und Börsen interessieren sich gleichermaßen für den Kampf ums Weisse Haus. Bis zum Entscheid am 6. November greift die FuW deshalb in loser Folge wirtschaftliche Aspekte rund um die US-Wahlen auf. Als siebter Teil erscheint: **Wie läuft die Wirtschaft in den Swing States?**

### Obamas Wahlchancen



## BP wartet wegen US-Wahlkampf

BP Kurs: 430.85 Pence FTSE-100-Index angegl.



Seit Monaten ringt der britische Energiemulti BP mit der US-Regierung um eine aussergerichtliche Einigung in Sachen Bestrafung für die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko vom April 2010. Jetzt beeinflusst der US-Wahl-

kampf auch diese Verhandlungen. Denn wie immer sich Präsident Barack Obama entscheidet, riskiert er wichtige Interessengruppen zu vergraulen. Deshalb wird wohl erst nach den Wahlen am 6. November eine Einigung möglich sein. Obwohl die beiden Seiten gemäss jüngsten Medienberichten nur noch wenig voneinander entfernt sein sollen.

Die entscheidende Frage ist, ob BP im Zusammenhang mit der Explosion auf der Bohrinself Deepwater Horizon, die elf Arbeiter das Leben gekostet und zu einer riesigen Ölpest geführt hat, Grobfahrlässigkeit vorgeworfen werden kann. Genau dies versucht die US-Regierung zu beweisen. Bekäme sie recht, müsste der britische Multi bis zu 21 Mrd. \$ Busse bezahlen. BP plädiert dagegen auf einfaches Verschulden, was im günstigsten Fall mit nur 5,4 Mrd. \$

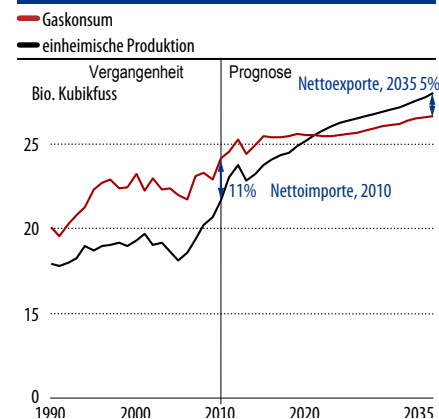
bestraft würde. Bei der aussergerichtlichen Einigung geht es darum, sich irgendwo zwischen den beiden Zahlen zu treffen.

Gelänge eine solche Einigung nicht, käme es 2013 zu einem langwierigen Prozess vor Gericht, bei dem öffentlich viel schmutzige Wäsche gewaschen würde und für beide Seiten wohl wenig erfreuliche Tatsachen ans Licht kämen. Sowohl BP wie auch die US-Regierung sind deshalb daran interessiert, einen Prozess zu vermeiden.

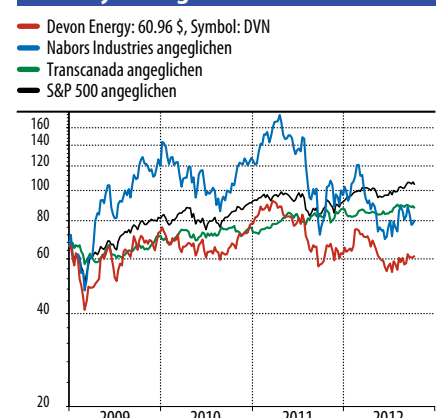
Doch Präsident Obama steckt im Dilemma. Einigt sich seine Regierung mit BP auf eine Busse weit unter der Höchststrafe von 21 Mrd. \$, dann kommt der Vorwurf von Umweltschützern, mit einem rücksichtslosen Ölmulti zu nachsichtig zu sein. Setzt sich die Regierung dagegen mit einer hohen Busse durch, belastet Obama das ohne schwierige Verhältnis mit der Ölindustrie zusätzlich.

Obamas Regierung muss auch entscheiden, auf welcher Rechtsgrundlage die Busse ausgeteilt werden soll. Je nachdem erhalten die von der Ölpest betroffenen US-Bundesstaaten an der Golfküste mehr oder weniger Geld aus den Busseneinnahmen. Würde Washington zu viel Geld für sich beanspruchen, könnte das die Wahlbalance in einigen Bundesstaaten zuungunsten Obamas kippen lassen.

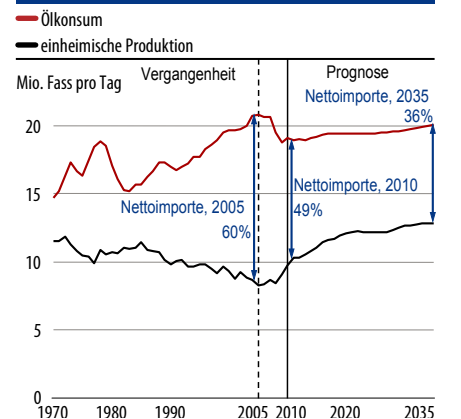
### US-Gasbilanz



### Romneys Energieunternehmen



### US-Ölbilanz



### Obamas Energieunternehmen

